Nummer 278 — Halle, Freitag, den 22. September 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis 5 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 65.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 64.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 6.00, im auswärtigen Verkehr Mark 8.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 15.00 im Ortsverkehr und Mark 25.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 5 a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Hauptzentrale: Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Post-Rechnung. Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zu richten.

Panik in Konstantinopel.

Neue Forderungen Kemal Paschas / Die Gewerkschaften gegen Lloyd Georges Politik / Uebergabe der Schatzwechsel am Montag Scharfer Apell des Hauptbeamtenvorstandes an die Regierung / Neue Erhöhung der Beamtengehälter.

Eine englische Warnung.

London, 22. September.

Die englische Regierung veröffentlichte gestern eine neue Note, worin sie erklärt, daß sie entschlossen ist, jeden Angriff der Kemalisten gegen die neutrale Zone auf dem asiatischen Ufer der Dardanellen mit Waffengewalt abzuwehren. England werde die Neutralität der Meerengen unter allen Umständen aufrecht erhalten. Der Pariser Korrespondent der „Daily Mail" meldet dazu, der Angoravertreter in Konstantinopel Hamid Bey habe ihm erklärt, er habe dem General Harrington mitgeteilt, Kemal Pascha sei entschlossen, die Meerengen zu überschreiten, wenn die Türkengemetzel in Thrazien durch die Griechen nicht aufhören würden. „Daily Telegraph" schreibt: „Die strategischen Maßnahmen, die getroffen werden müssen, wenn Kemal den Versuch wagen sollte, sich an den Ufern der Meerengen festzusetzen, sind reiflich überlegt. Da die Operationen der Seestreitkräfte ganz ersichtlich eine große und wahrscheinlich entscheidende Rolle spielen werden, ist es die feste Absicht der englischen Regierung, die Tschanak-Zone und hauptsächlich die Stellung an der asiatischen Seite der Dardanellen nicht aus der Hand zu geben." Nachrichten, die hier aus London ferner vorliegen, lassen erkennen, daß es entgegen anders lautenden Meldungen von heute früh noch nicht zwischen Engländern und Türken in der neutralen Zone bei Tschanak zu Zusammenstößen gekommen ist. Man hat jedenfalls noch keine offiziöse Bestätigung der Nachricht, nach der die Türken in der Stadt Bigha an der neutralen Zone eingetroffen seien.

Konstantinopel, 22. September. (Eig. Drahtmeldung.) Alle Frauen der englischen Offiziere und Mannschaften sind ohne Ausnahme aufgefordert worden, Konstantinopel zu verlassen. Morgen werden 200 Frauen, darunter Lady Harrington, auf einem Transportschiff aus Konstantinopel abreisen. Hier herrscht unglaubliche Aufregung, namentlich in der Geschäftswelt. Die Handelshäuser machen alle Bestellungen von auswärts rückgängig, die Waren werden um jeden Preis losgeschlagen. Das türkische Pfund macht wilde Sprünge. Wohlhabende Griechen und Armenier verlassen die Stadt. Der Orient-Expreß ist auf vierzehn Tage im voraus belegt. Alle Schiffe, die den Hafen verlassen, sind bis zur Gefahrgrenze besetzt.

Das Massakre in Smyrna.

Ein aus Smyrna eingetroffener italienischer Arzt schildert als Augenzeuge, wie es zum Massaker kam. In der Stadt verbielten sich die Türken nach ihrem Einmarsch durchaus korrekt, als plötzlich unweit der italienischen Schule eine Anzahl armenischer Fanatiker Bomben gegen eine türkische Patrouille schleuderte. Dieses Bombenattentat war es, das türkische Repressalien hervorrief. Aus Brindisi kommen beständig Schiffe mit italienischen Smyrnaflüchtlingen an. Sowohl die Schiffsoffiziere als die Flüchtlinge klagen einstimmig die Griechen und die Armenier an, die Stadt angezündet und die Katastrophe verursacht zu haben. Ein armenischer Kaufmann namens Onnik Zakian erzählte, daß die kemalistischen Truppen das Armenierviertel umzingelt und angesteckt hätten. Armenier wurden gezwungen, in kleinen Abteilungen an Maschinengewehren vorbei zu marschieren; sie wurden zum größten Teil getötet. Junge Mädchen und Frauen wurden fortgeschleppt. Der Kapitän des Postdampfers „Phrygia" gibt in seinem Bericht an, daß die Zerstörung Smyrnas ein Rachekakt türkischer Soldaten für die Greueltaten gewesen sei, die die fliehende griechische Armee auf dem Rückzug begangen hat.

Die Gewerkschaften gegen Lloyd George.

London, 21. September. Lloyd George empfing heute eine aus dreißig Mitgliedern bestehende Abordnung des Gewerkschaftskongresses, die dem Premierminister die Ansicht der Arbeiterschaft über die Lage im fernen Osten darlegten. Lloyd George gab die feste Zusicherung, daß die Regierung keine kriegerische Politik verfolge. Die Abordnung trat heute nachmittag zusammen, um ihre Antwort zu erwägen. Im einzelnen wurde in den Verhandlungen, in denen u. a. Tillet und Thomas das Wort ergriffen, die Tatsache hervorgehoben, daß die Arbeiterschaft sich einem Kriege widersetze und für den Frieden eintrete. Sie gab der Ansicht Ausdruck, daß die Dardanellen neutral gehalten werden müßten, daß dies jedoch eine Weltfrage und nicht eine Frage sei, die die britische Nation allein angingе. Die Anwesenheit alliierter Streitkräfte auf dem asiatischen Ufer der Meerengen sei nicht zu rechtfertigen, und die Lösung des Problems könne durch Verhandlungen erzielt werden. Nachdem der Premierminister die Ansicht der Abordnung gehört hatte, gab er eine Uebersicht über die Tätigkeit des Kabinetts bis zur gegenwärtigen Lage. Lloyd George verteidigte die Haltung der Regierung und gab der Abordnung zu verstehen, daß er in seinem Wunsch nach Frieden vollkommen mit ihr übereinstimme. Frieden sei stets das Ziel der Regierung gewesen, er habe durchaus keine Absicht, einen Krieg zu provozieren. Es sei zum Teil auf die prompte Aktion der britischen Regierung zurückzuführen, daß die Lage jetzt besser sei, und daß die Aussichten auf Wahrung des Friedens so gut seien.

London, 21. Sept. Das britische Kabinett hat den Beschluß gefaßt, in Permanenz zu tagen. Der Ministerrat hat in einem offiziellen Communiqué erklärt, daß die englische Regierung das in Paris getroffene Abkommen als befriedigend ansehe. Die Erregung im ganzen Lande dauert im Zusammenhang mit den neuen Einberufungen an. Die Proteste der Arbeiterschaft mehren sich von Stunde zu Stunde. Ramsay Macdonald und Smillie haben anläßlich einer Arbeiterkundgebung Lloyd George als eine öffentliche Gefahr für den Frieden der Welt bezeichnet und sofortige Rückrufung zur Beseitigung der gegenwärtigen Regierung gefordert. Der Türkenfreund General Townshend hat einem Pressevertreter gegenüber erklärt, eine Verlängerung der Besetzung Konstantinopels würde den Heiligen Krieg bedeuten. Die militärischen Vorbereitungen werden fortgesetzt. Das erste Bataillon des Stadordshire-Regiments ist von Gibraltar abgegangen, desgleichen der leichte Kreuzer „Coracа" von Malta. Die Brigademanöver sind abgesagt worden. Die Artilleriebestände werden ständig verstärkt. Der Abgang einer großen Abteilung von Genietruppen wird heute erwartet, zwei Bataillone Infanterie und zwei Grenadierbataillone halten sich zur Abfahrt bereit. In Gibraltar sind neun Zerstörer der zweiten englischen Flottille aus London angekommen, um nach Konstantinopel weiterzufahren.

Die Bolschewisten an der Grenze Indiens.

Die „Times" erfahren aus Alahabad, daß die Bolschewisten Russisch-Turkestan bis an die indische Grenze besetzt haben.

Es wird gemeldet, daß gegenwärtig 12 000 Soldaten Englands an den Dardanellen stehen, und daß in vierzehn Tagen etwa 30 000 Mann sich dort befinden werden. Drei Divisionen halten sich zur Abfahrt bereit, zwei weitere werden in vier Wochen folgen. Aus Wellington (Neuseeland) wird gemeldet, daß 10 000 Freiwillige sich für die Expedition an den Dardanellen anwerben ließen.

Abschluß der Garantiefrage.

Berlin, 21. September. Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Garantiefrage sind abgeschlossen. Die Schatzwechsel werden am Montag übergeben werden, und zwar zunächst die Wechsel über die Raten, die an sich am 15. August und 15. September 1922 fällig waren und nun am 15. Februar und 15. März 1923 fällig werden, abzüglich der Summen, die aus sonstigen deutschen Leistungen auf Baranmitäten gutzuschreiben sind. Die Wechsel werden die Garantie der Reichsbank tragen.

Gestern morgen ist das Reichskabinett zu einer Beratung über die Reparationsfrage und über die Regelung der belgischen Angelegenheit zusammengetreten. An dieser Sitzung nahmen neben dem Reichsbankpräsidenten Havenstein auch alle Parteiführer mit Ausnahme der Kommunisten teil. Der Reichskanzler gab in kurzen Worten ein Bild des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß in der uns durch die belgische Regelung gewährten Atempause eine Generalregelung der Reparationsverpflichtungen erfolgen werden. Darauf erstattete Reichsbankpräsident Havenstein Bericht über die mit der Bank von England geführten Verhandlungen. Er vermied es in Einzelheiten einzugehen, da vereinbart worden ist, daß über die finanztechnischen Einzelheiten Stillschweigen bewahrt werden soll. Aus dem Bericht geht hervor, wie das bereits Londoner Nachrichten zu melden wußten, daß die Reichsbank die Einlösung der Schatzwechsel garantiert und dabei die Hilfe der Bank von England erhält. Der Reichsbankpräsident erklärte ausdrücklich, daß er die Sicherheit gegeben sieht, daß der Goldbestand der Reichsbank nicht berührt wird. Durch die Hilfe der Bank von England wird eine Prolongation der Wechsel auf rund 21 Monate erreicht. Die Reichsregierung ihrerseits hat sich der Reichsbank gegenüber verpflichtet, eine monatliche Zahlung von 15 Millionen in Devisen an die Reichsbank abzuführen. Ein Finanzplan über die Beschaffung dieser Devisen wurde nicht vorgelegt. Gerade gegen diesen Punkt der Vereinbarungen wurden aus der Versammlung heraus Bedenken erhoben, da die Deckung dieses Devisenbedarfs zu einer Einschränkung der Mittel für unsere Brotbeschaffung führen müsse. Demgegenüber verwies der Reichskanzler auf seine Hoffnung, daß das Reparationsproblem in absehbarer Zeit endgültig geregelt würde.

Die Reparationsfrage vor dem Völkerbund.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationsdebatte der Völkerbundversammlung hat gestern stattgefunden. Man hat nicht nur von Reparationen und interalliierten Schulden gesprochen, sondern der schweizerische Bundesrat Motta hat wiederum die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in klaren und entschiedenen Worten verlangt. Fisher England hoffte mit de Jouvenel, daß Amerika Europa helfen werde. „Aber es gibt noch ein anderes Land, das an der Regelung dieser Frage interessiert ist, und das ist Deutschland. Freilich kommen wenig beruhigende Nachrichten über Deutschlands Stimmung zu uns, wofür unter anderem auch die Kritiken der letzten Wochen am Völkerbund ein Beweis sind; aber man muß doch hoffen, daß die Führer der deutschen Industrie und des deutschen Handels begreifen werden, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, wenn dieses Problem in seiner heutigen Verwirrung bleibt." Gewiß müsse man die Verträge achten, erklärte Fisher, aber da die Verträge die Reparationskommission vorsehen, so sei es notwendig, sie abzuändern, wenn man sich an den Völkerbund wende.

Nach Meldungen der schweizerischen Presse wird die englische Delegation ihre Zustimmung zu allen Anträgen auf Verknüpfung der Reparationsfrage mit der interalliierten Schuldenfrage von der alsbaldigen Räumung des linken Rheinufers durch Frankreich abhängig machen. Eine solche Räumung sei aus finanziellen Gründen notwendig. Eine Entscheidung über das Schicksal der beiden Anträge werde jedoch nicht in Genf, sondern in den Pariser Verhandlungen zwischen Poincaré und Lloyd George getroffen werden.

Sonderbar!

Großbritannien, Frankreich und Italien haben Widerspruch erhoben, daß der Völkerbund sich mit den türkischen Angelegenheiten befasse. Sonderbar. Idealisten waren bisher der Meinung, daß die Verhinderung und Beilegung kriegerischer Auseinandersetzungen die vornehmste Aufgabe und der Sinn eines Völkerbundes sei.

Einigung der Sozialdemokraten.

Der Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie in Augsburg hat einstimmig das neue Organisationsstatut für die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands, sowie das Einigungsprogramm angenommen. Das war zu erwarten. Die Schwierigkeiten in der Einigung lagen von vornherein in der Unabhängigen Partei. Wer jedoch den Bericht über die Eröffnungssitzung liest, der kann kaum im Zweifel darüber sein, daß man auch in Gera die Einigung beschließen wird. Herr Ledebour und Herr Rosenfeld werden zwar grimme Reden halten, aber ihr Gedröhn kann über die harte Tatsache nicht hinwegtäuschen, die der Vorsitzende der Kontrollkommission der U. S. P. in den Worten ausdrückte: „Arm, aber ehrlich!" Die U. S. P. hat zwar nur zehntausend organisierte Mitglieder verloren, im Gegensatz zu den Mehrheitssozialisten, die einen viersach größeren Verlust haben, aber die Kassen der U. S. P. sind völlig geleert. Die riesigen Anforderungen, die jetzt ein Parteiapparat stellt, wären einfach nicht mehr zu leisten. Diese Einsicht der führenden Herren der U. S. P. ist einfach entscheidend für den Entschluß, die U. S. P. zu liquidieren. Es handelt sich ja nur dem Namen nach um eine Einigung, in Wahrheit geht die U. S. P. in der S. P. D. auf. Es ist keine Einigung, sondern eine Aufsaugung. Aber die Mehrheitssozialisten sind klug genug, den Unabhängigen den Schein einer Einigung zu lassen. Das neue Organisationsstatut ist so beschaffen, daß man die radikale Bruderpartei ohne sonderliche Verdauungsbeschwerden überschlucken kann. Von den drei Vorsitzenden, den drei Kassierern und den sonstigen Funktionärposten soll die U. S. P. immer ein Drittel bekommen. Sie wird also regelmäßig und überall in der Minderheit sein. Das Schema erinnert lebhaft an gewisse industrielle Zusammenlegungen, wo man Konkurrenzfirmen aufsaugt und ihren Leitern dann eine Beteiligung in der neuen Gesamtdirektion gibt, mit der sie unmöglich Schaden anrichten können.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Ledebour und Rosenfeld in Gera noch sehr eingehend auf die Art der Fusion hinweisen werden. Viel helfen dürfte das ihnen aber auch nicht. Herr Ledebour wird keine U. S. P. aufrecht erhalten können und Dr. Rosenfeld wird kaum jemals einen wirklichen Parteiführer abgeben. Beide kommen allerdings in eine völlig isolierte Stellung. Sie sind ziemlich ausgeprägt gegen den Kommunismus festgelegt. Rosenfeld war einer der Verteidiger der angeklagten Sozialrevolutionäre in Rußland, und Ledebour hatte von vornherein die Schwenkung in das Moskauer Lager bekämpft, die die Hälfte der Partei in Halle vollzog. Er gehörte nicht zu der inzwischen reumütig zurückgekehrten Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. Diese wird übrigens jetzt zum großen Teile mit aufgelogen. Die neue Partei der vereinigten Sozialisten wird also Politiker sehr unterschiedlicher Anschauung umfassen. Neben Paul Levi, dem vorläufig noch nicht endgültig ausgeschlossenen Stinnes-Redakteur, wird Paul Levi sitzen, der konsequent von der K. P. D. über die K. A. G. zur U. S. P. sich entwickelt hat und nun in der V. S. P. Unterschlupf finden wird. Neben Herrn Göhre, dem sozialistischen Kriegsleutnant und jetzigen preußischen Staatssekretär wird der alte Sturmgeselle Geyer sitzen, der in Halle sich unter besonderer Aufgeregtheit auf die Moskauer Seite schlug. Südekum und Adolf Hoffmann werden auch wieder Parteigenossen und so findet sich manches wieder, was sieben Jahre hindurch im grimmen Bruderstreit lebte. Herr Hermann Müller und Herr Wels erhoffen aus diesem großartigen Aufsaugungsprozeß eine Verzehnfachung der proletarischen Werbekraft, aber der Professor Cunow zweifelte in einem Zwischenruf während der Rede des Herrn Wels diesen Optimismus lebhaft an. Er befürchtet einen Rückschlag der sozialistischen Werbekraft. Nun das sind häusliche Sorgen, die die Außenwelt wenig angehen. In Wahrheit dürfte der Sozialismus schon dadurch an Anhängerschaft verlieren, daß sich allenthalben zeigt, wie wenig eine sozialistische Wirtschaft uns zu retten vermöchte. Weder der Kommunismus, noch der Sozialismus haben, wo immer sie praktisch ihre Theorien ausprobieren konnten, etwas anderes erreicht, als den restlosen Nachweis, daß mit ihnen auch das einträglichste Unternehmen unwirtschaftlich wird. Vorläufig lebt die Sozialdemokratie auch nur von der Demokratie. Höchstens sind es noch die Wirtschaftsnöte, die ihr gedankenlose Anhänger zutreiben. Auf den Sozialismus pfeifen selbst die geschworenen Anhänger.

Herr Wels hat in Augsburg ebenso wie Herr Moses und Herr Dittmann in Gera, sich scharf die Kommunisten aufs Korn genommen. Mit Recht hat man an beiden Orten die Moskauer Urteile aufs neue gebrandmarkt. Wels beschäftigte sich besonders ausführlich mit der dritten Internationale, hinter der die Kommunisten allein stehen. Er erklärte die dritte Internationale für ein Instrument des russischen Nationalismus, und den Kommunismus bezeichnete er als das hervorragendste Mittel der russischen Außenpolitik. In Gera sprach Dr. Moses von der kapitalistischen Kommunistischen Partei,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220922019/fragment/page=0001

die in ihren Konzessionsverträgen den fremden Kapitalismus Sorgenfreiheit von allen Betriebsräten zusichert. Diese vereinte Kampfstellung gegen die Kommunisten ist verständlich. Richtet doch die kommunistische Agitation ihr ganzes Schwergewicht gegen die Sozialisten der verschiedensten Parteien. Die K. P. D. hofft auf Zuzug aus den Kreisen der Arbeiterschaft, die nicht mit in die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands wollen. Sie hat es bequem, da der Kommunismus frei von jedem politischen Verantwortlichkeitsgefühl ist und nur die zügellosteste Demagogie in der Agitation kennt. Der bevorstehende schwere Winter läßt die Segel ihrer Hoffnungen schwellen. Die Kommunisten erhoffen eine neue Aera der Putsche. Aber die Partei der geeinigten Sozialisten wird sich darüber klar sein, daß alle Putschversuche die wirtschaftlichen Nöte nur vergrößern können. Eine ihrer Verantwortung bewußte geeinte Sozialistenpartei kann tatsächlich im kommenden Winter wichtigen Einfluß auf die Massen nehmen. Aber ein geschärftes Verantwortungsbewußtsein ist die stritteste Voraussetzung dafür.

Die sozialistischen Parteitage.

Augsburg, 21. September. (Eigene Drahtmeldung.) Am fünften Sitzungstag nahm der Parteivorsitzende Wels das Wort zu seinem Bericht über die Internationale und die Einigung des Proletariats. Er schilderte zunächst die Vorgeschichte der Spaltung der internationalen Sozialdemokratie, und kam dabei auf den Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre zu sprechen, den er ein Schandmal für die russischen Gewalttaten nannte. Die Einigungsverhandlungen mit den Kommunisten hätten den Erfolg gehabt, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien durch taktische Notwendigkeit zur Einigung getrieben wurden. Auf der Grundlage des Organisationsstatutes der bisherigen Mehrheitssozialdemokratie sei die Vereinigung beider Parteien sich jetzt kameradschaftlich zu verständigen. In beiden Lagern gebe es natürlich noch Gegner der Einigung. Den Kapitalisten zu widerstreben, sei die große Aufgabe der Arbeiterklasse. Vorsitzender Simon (Augsburg) stellte darauf den Wunsch des Parteitages fest, keine Aussprache vorzunehmen. Einstimmig wurde dann

das Aktionsprogramm und die organisatorische Vereinigung angenommen.

Das Abstimmungsergebnis wurde mit stürmischem Beifall begrüßt. Angenommen wurde außerdem ein Antrag Hamburg, der sich gegen jedes Zusammengehen mit der KPD. ausspricht. Zum Nürnberger Parteitag entsendet die Partei 14 Delegierte.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Der Parteitag der Unabhängigen trat gestern in seine Tagesordnung ein. Zunächst erstattete Abg. Ludwig den Geschäftsbericht. Er verwahrte sich gegen die kommunistische Behauptung, daß die USP. bankrott sei. Die Mitgliederzahl sei seit dem letzten Parteitag von 300 000 auf 290 000 zurückgegangen. Der Beitrag müsse in der neuen Partei bedeutend erhöht werden, etwa auf monatlich einen Stundenlohn. Darauf erstattete Bod (Gotha) den Bericht der Kontrollkommission. Die Partei sei arm, aber ehrlich und noch jeder Seite unabhängig. Im Anschluß daran abvellierte Dittmann nochmals an die Opferwilligkeit der Mitglieder. Ohne weitere Aussprache wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Nunmehr folgte der Bericht der Reichstagsfraktion durch den Abgeordneten Dr. Moses: Deutschland lebe nur von einem Moratorium zum anderen. Unter diesem Druck stehe die ganze Innen- und Außenpolitik. Die USP. sei

stets für die Erfüllungspolitik

gewesen, weil ihre Ablehnung eine Katastrophe für das arbeitende Volk bedeutet hätte. Der Redner wendete sich scharf gegen die Reichswehr, gegen die Landwirtschaft und gegen die „Klassenjustiz". Darauf berichtete der Reichstagsabgeordnete Dr. Herz über die Ernährungsfrage und die Getreideumlage, wobei er die schärfsten Angriffe gegen die Landwirtschaft richtete. Ueber die Finanzfragen und das Reparationsproblem berichtete Dr. Hilferding: Wir bekämpfen seine Person, wir bekämpfen aber das System, das es möglich macht, daß ein Mann von solchen Gaben wie Stinnes seine Fähigkeit nicht in den Dienst der Allgemeinheit stellt, sondern in den privater Interessen. Gegenüber der Konzentration der wirtschaftlichen Macht haben wir nur die Konzentration der proletarischen Massen als Gegengewicht.

Hauptbeamtenrat und Teuerung.

Scharfe Resolution an die Regierung.

Der Hauptbeamtenrat der Reichseisenbahn hat in seiner neuesten Vollsitzung eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Die Notlage der Beamten ist nunmehr in ein Stadium getreten, welches selbst beim besten Willen nicht mehr ertragen werden kann. Bei jeder Gehaltsaufbesserung ist ein weiteres erhebliches Abgleiten der Zahlungsfähigkeit der Beamten erfolgt. Die Erbitterung hierüber ist nachgerade bis zur Siedehitze gestiegen. Handel, Industrie und Landwirtschaft benützen jede Valutaangelegenheit, um das ganze Volk in einer Weise auszusaugen, wie dies an Gewissenlosigkeit nicht mehr übertroffen werden kann. Die Regierung sieht den unglaublichen Preistreibereien anscheinend tatenlos gegenüber. Die Ausländer leben dank der Valuta in Deutschland beinahe umsonst. Schieber und Wucherer feiern Orgien auf Kosten des Volkes, das hungert und nicht mehr die Mittel besitzt, sich zu kleiden. Wir machen die Regierung allen Ernstes darauf aufmerksam, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Der Hauptbeamtenrat hält es für seine heilige Pflicht, die Regierung mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sofortige und ausgiebige Hilfe nötig ist, wenn eine Katastrophe verhütet werden soll. Er hält es aber auch weiter für seine Pflicht, die Regierung dringend darauf aufmerksam zu machen, daß die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unmöglich erscheint, wenn sie nicht gewillt ist, in letzter Stunde noch der verbrecherischen Preistreiberei und dem schrankenlosen Auswerfaufe Deutschlands durch die valutastarken Ausländer entschieden Einhalt zu gebieten."

Zulagen für die Beamten.

Berlin, 22. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten wurden, wie die Telunion erfährt, heute in früher Morgenstunde zu Ende geführt. Mit Wirkung vom 1. September ab wird der allgemeine Teuerungszuschlag auf die ersten 10 000 Mark auf 777 Prozent, für den Rest und die Kinderzuschläge auf 677 Proz. erhöht. Im Laufe des heutigen Tages wird das Reichskabinett nach neuerlicher Fühlungnahme mit den Fraktionsführern Beschluß fassen. Im Anschluß hieran wird die Neuregelung sofort dem Reichsrat und den zuständigen Reichsausschüssen unterbreitet werden, nach deren Zustimmung wird die Auszahlung umgehend eingeleitet werden. Die Verhandlungen über die Erhöhung der Arbeiterlöhne werden heute fortgesetzt werden. Wie die Telunion weiter hört, werden in der kommenden Woche Beratungen mit den Spitzenorganisationen stattfinden über die Regelung der Grundgehälter und Ortszuschläge. Die neuen Grundgehälter und Ortszuschläge sollen dann mit Wirkung vom 1. Oktober in Kraft treten.

Das Liter Milch 50 Mark.

Der Preis für einen Liter Milch wird in Berlin von Montag ab 47 M. betragen. Da jedoch im Lauf der nächsten Woche der Milchpreis mit einer höheren Verhältniszahl an den Butterpreis angeglichen wird, kommt, laut „Voss. Ztg.", der Liter Milch schon in den nächsten Tagen auf über 50 M. An dieser geradezu unerhörten Entwicklung dürfte sich solange nichts ändern, wie man im Ernährungsministerium dem Treiben auf den Butterauktionen tatenlos zusieht.

Ein schüchter Anfang.

Für die Zeit vom 27. September bis einschließlich 3. Oktober 1922 beträgt das Goldzollaufgeld 34 400 v. H. Gegenüber der Vorwoche, in der das Aufgeld 35 900 v. H. betrug, bedeutet das nach längerer Zeit eine Herabsetzung.

Der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder.

Verhandlung gegen Dietrich und Dr. Stein.

Die Verhandlung gegen den Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt und gegen den Schriftsteller Dr. jur. Hans Wilhelm Stein aus Burg Saaleck, die verdächtig sind, den Mordern Rathenaus wissentlich Beistand geleistet zu haben, wird gleichfalls am 3. Oktober in Verbindung mit der Strafsache gegen Techow und Genossen wegen Mordes vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden. Der Oberreichsanwalt hat auf Antrag des Verteidigers Dr. Luetgebrune (Göttingen) die Haftentlassung des Kapitänleutnants Dietrich gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mark angeordnet.

Kein preußischer „Bischof"!

Berlin, 21. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nachmittagssitzung der Verfassungsgebenden Kirchenversammlung wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: „In dankbarer Erinnerung an den 21. September 1522, den Tag der Herausgabe des neuen Testaments in Luthers unübertroffener deutscher Uebersetzung, richtet die Kirchenversammlung an die Glieder der evangelischen Kirche die herzliche Bitte und Mahnung, dieses herrliche Erbe der Väter durch fleißigen Gebrauch sich zu eigen zu machen. Sie dankt den Bibelgesellschaften für ihre segensreichen Bemühungen, der Bibel weiteste Verbreitung zu verschaffen und empfiehlt ihr durch die Zeitverhältnisse so schwierig gewordenes Werk der tatkräftigen Unterstützung aller Gemeindeglieder." Es folgte die Abstimmung über die einzelnen Anträge, die sich in ähnlicher Richtung bewegten und sämtlich abgelehnt wurden.

Neues vom Tage

Eine „schlagfertige" Französin.

Eine schlagfertige Dame ist die Gattin des Führers der Stettiner Ententekommission des französischen Obersten Mondon. Erst vor einiger Zeit hatte die Dame einen Zusammenstoß mit einem alten Mann, dem sie, wie wir berichteten, ins Gesicht schlug und die Mütze vom Kopfe riß. Jetzt kam es erneut zu einem Zwischenfall. Frau Mondon passierte mit ihrem Gatten den Bürgersteig am Berliner Tor. Ihnen entgegen kamen zwei Herren und eine Dame, die einen Koffer trug. Plötzlich drehte sich die Französin um, schlug mit einem Schirm von hinten auf die Dame mit dem Koffer ein, daß der Schirm in mehrere Stücke zerbrach. Erst Polizeibeamte befreiten die Angegriffene und brachten die Französin zur Wache. Hier behauptete diese, von der fremden Dame mit dem Koffer gestoßen worden zu sein, was diese jedoch nicht bemerkt hatte. Als sich dann herausstellte, daß die Geschlagene eine gerade auf der Durchreise befindliche Leitin war, führte der Oberst zur Entschuldigung an, daß seine Frau herzleidend sei, was er wohl nicht getan hätte, wenn es sich um eine Deutsche gehandelt hätte. Die Geschlagene muß infolge der Aufregung das Bett hüten.

Schwere Eisenbahnunglücksfälle.

Nach einer Meldung aus Bukarest ist kürzlich die Brücke über die Prahova in der Nähe von Sinaia eingestürzt, als der Wiener Expreßzug darüber fuhr. Die Lokomotive und ein Wagen stürzten in den Fluß. Vor zwei Monaten hat sich an derselben Stelle das gleiche Unglück ereignet. — „Matin" meldet, daß sich in der Nähe von Queretaro auf der Linie Mexiko—Laredo ein Eisenbahnunglück ereignet hat, bei dem 50 Personen getötet und 17 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Man glaube an ein Verbrechen.

Der Schnellzug zwischen Bordeaux und St. Louis ist heute morgen gegen 9 Uhr in der Nähe der Station Lescarre entgleist. Man kennt zur Stunde die Zahl der Opfer noch nicht, doch soll sie nach Berichten, die im hiesigen Verkehrsministerium eingetroffen sind, ziemlich hoch sein.

Berlin ohne Kinos. Die Lichtspielpaläste der Reichshauptstadt werden von heute ab geschlossen sein. Gestern fanden zwar auf Veranlassung des Ministeriums des Innern und des Reichswirtschaftsministeriums Verhandlungen im Oberpräsidium statt, die aber vorläufig ohne Resultat geblieben sind.

Brand in Rothenburg o. T. Das berühmte mittelalterliche Städtchen Rothenburg o. T. ist von einem schweren Brandunglück heimgesucht worden. Er ist im Ochsenbau der Spitalbastei ausgebrochen und hat nicht nur die Fabrikate der Rothenburger Korbwarengenossenschaft, sondern auch den gesamten Fundus des historischen Festzuges und die Ateliers der Rothenburger Maler vernichtet.

„Umschnung" in Holland. In der holländischen Zigarrenindustrie geht man ebenso wie in der Textilindustrie zu Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerung über. Die Arbeiterverbände haben auf die Ankündigung dieser Maßnahme durch die Fabrikanten diese zu einer Besprechung über die Durchführung der geplanten Maßnahmen aufgefordert.

Der Sohn als Erpresser. Der wohnungslose Schlächter Willy Trosche in Berlin wurde auf Ersuchen seiner Eltern festgenommen, weil er versucht hatte, in deren Wohnung gewaltsam einzudringen, um sich Geldmittel zu verschaffen. Nach Aussage des Vaters hatte der Sohn schon vor einigen Tagen versucht, von ihm 40 000 Mark zu erpressen, war aber dann mit der Drohung davongegangen, es werde „etwas Schlimmes passieren".

Ein Fassadenkletterer. In der Nacht zum Mittwoch machte wiederum ein Fassadenkletterer in Berlin reiche Beute. Er drang in der Sächsischen Straße in Berlin, nachdem er an einer Außenfassade emporgeklettert war, in die Wohnung eines Kaufmanns ein und stahl Teppiche und Silbersachen im Werte von 2 Millionen Mark. Ein weiterer Einbruch wurde in einem Herrenartikelgeschäft in der Chausseestraße verübt. Hier fielen den Einbrechern Mäntel, Wäsche usw. im Werte von über ½ Million in die Hände. Auch der Zoo wurde von Einbrechern heimgesucht. Hier erbeuteten die Diebe außer einer Menge teure Uhrs eine Nationalregistrierkasse.

Versuchter Gattenmord. Wegen des Versuches, ihren Gatten zu töten, wurde die 35jährige Frau Ida G. von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet. Wie schon oft, war auch diesmal Frau G. mit ihrem Ehemann in Streit geraten und machte ihm die schwersten Vorwürfe wegen des angeblichen Verkehrs mit anderen Frauen, von dem sie erfahren hatte. Der Streit artete schließlich in Tätlichkeiten aus, und die Ehegatten bombardierten sich gegenseitig mit kleineren Stücken ihres Hausrates. Plötzlich stürzte die Frau in das Nebenzimmer und bewaffnete sich mit einer Pistole, aus der sie blindlings einen Schuß abgab. Dem Ehemann gelang es, hinter eine Tür zu flüchten, so daß ihm die Kugel nur leicht am Halse verletzte. Polizeilich vernommen, bestritt Frau G., auch nur die geringste Absicht gehabt zu haben, ihren Mann zu töten, vielmehr sei sie in der Erregung nicht mehr Herrin ihrer Sinne gewesen.

Vom Sterben des Geistigen.

Ein Feuilleton in eigener Sache.

Von Herbert Eulenberg.

Zu einem Zeitpunkt, da die außergewöhnliche Not der deutschen Presse die Augen der gesamten Kulturwelt auf sich zieht, greift einer der ersten unter den Tagesschriftstellern, der Dichter Herbert Eulenberg zur Feder, um auf die Not der freien Journalisten hinzuweisen. Mag das eine oder andere in seinen Ausführungen zu leidenschaftlich gesagt sein; im Grunde hat er leider recht. D. Red.

(Nachdruck verboten.)

Wie die Blätter im Herbst rieseln jetzt die Zeitungen bei uns hernieder. Täglich kann man lesen, wieviel Zeitungen und Zeitschriften wieder ihr Erscheinen einstellen mußten und der Papiernot und den andern Begleiterscheinungen der fürchterlichen der vier grauen Weiber, die um den sterbenden Faust sich drängen, der Teuerung, zum Opfer fielen. Manch einer denkt: Was macht es, ob der Krotoschiner Kreisanzeiger oder der Ostrauer Merkur oder die Apolduer Volksstimme oder der Treuchtlinger Bote oder das Memeler Dampfboot noch erscheinen? Ja, viele trennen sich geradezu, daß diese „Zeitungspest", die bereits Schopenhauer verflucht hat, im Begriff ist zu erlöschen. Diese Presseegegner vergessen nur, daß die Zeitung für viele Leute in Deutschland die einzige Bildungsquelle war und ist, die ihnen fließt.

Knut Hamsun hat in irgendeiner Geschichte, deren Ueberschrift mir entfallen ist, einmal erzählt, wie ein armer Ausländer draußen auf irgendeiner Farm mitten in Nordamerika während der Sommerarbeiten nichts Geistiges besitzt als nur ein Bruchstück einer Bilderzeitschrift, das er immer wieder aufs neue durchliest. Um dies Stück Papier beneiden ihn alle anderen und wegen dieses Fetzens fühlt er sich mehr und höher als seine ganze Umgebung. Und so ist es auch mit der Zeitung und vielen ihrer Leser. Insbesondere draußen auf dem flachen Lande. Sie verbindet zunächst den, der sie hält oder liest, mit der großen Welt, und sondert ihn dann durch sein Wissen um die Tagesereignisse von der dumpfen getriebenen Menge um sich herum ab. Wenn er seine Zeitung nicht mehr zu sich nimmt, liest der einsame Mann oft überhaupt nichts mehr. Denn um Bücher durchzulesen fühlt er sich abends zu müde oder hat er in der Zerstreutheit, in die ihn seine Arbeiten und Sorgen werfen, keine Lust und keine Spannung mehr. Das ist bedauerlich und beklagenswert. Aber es ist nun einmal leider so. Und man mag es verurteilen, wie man will, die Tatsache bleibt bestehen, daß die Menge in Deutschland heute lieber zu den Zeitungen greift als zu den Büchern, wie sie auch, noch bequemenswerter, in die Kinos eher und zahlreicher läuft als in die Theater.

Es ist darum eine Gefahr, daß das Volk ohne Zeitung noch mehr verdummen wird als bisher. Die Presse wird in romanischen und in englisch sprechenden Ländern als fast einziges und ausschließliches Bildungsmittel der Masse bekanntermaßen weit mehr beachtet und geachtet als bei uns, wo das törichte und zeitungsmäßige von Bismarck geprägte Wort von den Zeitungsschreibern als „katilinarischen Existenzen, die ihren Beruf verfehlt haben", noch heute gern gebraucht wird. Sicherlich wird ein Volk nicht allein dadurch gebildet, daß es in seinen täglichen Blättern und Blättchen das Wetteransagen so und so vieler politischer Laubfrösche beobachtet, die auf den Leiterchen ihrer Leitartikel herauf- oder herunterkleitern. Aber es wird doch durch manchen solcher Artikel zum Selbstdenken über öffentliche Fragen angeregt, was es ohnedem vielleicht ganz verlernt. Und dann schwamm durch den Bildungskanal der Zeitung, mag er noch so schmal gewesen und besonders in den Kriegs- und Nachkriegsjahren schmaler und dürftiger geworden sein, doch allerlei Wissenswertes und Unterhaltendes, was das Gehirn der Leser über ihren Alltag und seine grauen Grenzen hinaus erleuchtete.

Die genannten politischen Laubfrösche haben freilich mit ihrem Quaken, dessen Gutes wir anerkennen wollen, letzthin den breitesten Raum in unseren Zeitungen eingenommen, so daß für den Unterhaltungsteil, das „Feuilleton", kaum noch Platz übrig geblieben ist. Doch immerhin ein Stückchen Garten stand noch auf dem sonst für die Politik nutzbar gemachten Ackerland der Zeitung. Aber auch dies wird wohl nun ganz verschwinden. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil dieser Boden seinen Bebauer nicht mehr ernährt. Man kann jetzt fast täglich spaltenlange Klagen über die Not der Zeitungsverleger lesen, die durch die Papierteuerung entstanden ist. Die viel größere Not der Zeitungsschriftsteller wird kaum erwähnt und beachtet. Dabei ist sie so stark, daß auf dem Gebiet der Unterhaltung kaum noch ein Schriftsteller von Rang sich für die Zeitungen betätigen kann.

Ich will mich als Beispiel nehmen: Vor dem Kriege erhielt ich für einen Aufsatz von etwa drei Feuilleton-Spalten 200 bis 300 Mark. Heute bekomme ich für die gleiche Arbeit 350 bis 500, neuerdings, wobei das freigebige Oesterreich noch mit gutem Beispiel vorangeht, bis 800 Mark. Der Glasermeister, der mir eine Scheibe, die mein Kind zertrümmert hat, in meiner Werkstatt wieder einsetzt, rechnet mir vor: „Vor dem Kriege empfing ich 1,75 Mark für die Scheibe. So habe ich heute 175 Mark dafür zu fordern." Er verhundertfacht also einfach wie die meisten heutzutage seine Rechnungen. Wollte ich seinem trefflichen Beispiel folgen, so müßte ich für einen meiner Artikel, für die ich jetzt, wenn es gut geht, das Vierfache des Vorkriegshonorars empfange, von einem Berliner oder Wiener Blatt 20 000 bis 25 000 Mark erheben. Wenn nun andererseits der geistige Arbeiter nicht so unbescheiden geworden ist wie sein Bruder, der Handarbeiter, und sich mit einem winzigen Bruchteil der Verdienste dieses Erdgemaltigen begnügt, so sollte man doch meinen, daß er zehnmal so viel, als das Vorkriegshonorar für ihn betrug, verlangen dürfte, also ein Zehntel der Mehrforderungen seines Bruders, des Handarbeiters. Verlangen darf er es schon. Aber kriegen tut er es nicht. Sondern muß froh sein, wenn er vielmal so viel als früher erhält.

Auf die Dauer kann er das natürlich nicht machen und muß sich nach lohnenderer Arbeit umsehen. Infolgedessen tritt einer nach dem andern unserer wenigen guten Tages- und Zeitungsschriftsteller in den Ausstand und tummelt sein Talent auf etwas ertragreicheren Weiden. Viel Gras und Geld wächst ja heute überhaupt nicht mehr für den mit der Feder Schaffenden in Deutschland. Wenn man darum heute endlich in letzter Stunde dazu übergehen würde, von Staatswegen die Zeitungen zu unterstützen, so sollte man zunächst damit beginnen, den Schriftsteldorf zu steigern, die eine Zeitung wirklich machen, nämlich der schöpferischen Journalisten, die einen guten richtigen und klugen Artikel zusammenschreiben und nicht zusammenkleistern. Diese wirklich fördernde und anregende Arbeit bei der Zeitung wird heute schlechter als die Gesetzlätigkeit bezahlt. Und solange man hier nicht zu bessern und zu heben beginnt, wird unser Zeitungswesen, das in der Gegenwart bereits gerne genügsamen, wenig tollenden Stümpern überlassen wird, mehr und mehr sinken. Mit der Behebung der Verleger- und der Papiernot allein ist es nicht getan, um eine gute geistig nährkräftige Presse auf die Beine zu bringen. Schließlich gehört zu wohl auch etwas Gehirnschmalz dazu, damit die Zeitung wieder ein „nutrimentum spiritus" werde und bleibe. Solange man nicht tüchtige Journalisten anstellt und erhält, ist aber die Zeitung nur ein bedrucktes Stück Papier, dem wir, und wenn der ganze deutsche Blätterwald niederrauscht, keine Träne nachzuweinen brauchen.

Stadttheater. Heute, Freitag, 7½ Uhr „Bunbury" von Oskar Wilde, Sonnabend 7½ Uhr „Der Weibsteufel" von Lorzing, Sonntag 7½ Uhr „Die Bohème" von Puccini, Montag 7½ Uhr „Hedermann", Dienstag 7½ Uhr im Thaliatheater Uraufführung „Wahnmeister Tod" von Hermann Bossdorf.

Thaliatheater. Sonntag 7½ Uhr wird die Zeitschnurre „Neunzehnhundertneunzehn" von Impekoven und Mathern wiederholt.

**25. Musikalische Vesper des Stadtsingechors am Donnerstag, den 21. Sept., 8 Uhr, in der Marktkirche. Aus Anlaß des 250. Todestages des bedeutendsten Tonkünstlers vor J. S. Bach Heinrich Schütz veranstaltet der verstärkte Stadtsingechor eine zweite Heinrich-Schütz-Feier, auf die wir die Freunde der Kirchenmusik und unseres Stadtsingechors nachdrücklich aufmerksam machen. Karten bei Hayhen und an der Kirchtür.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220922019/fragment/page=0002